

Herr Gleß teilte mit, dass parallel zu dieser Sitzung der Jugendhilfeausschuss tagt. Im dortigen öffentlichen Teil gibt es eine Sitzungsvorlage mit dem Titel „Raumbedarf der Erziehungsberatungsstelle“. Die vorbildliche Einrichtung der Erziehungsberatungsstelle, die in anonymisierter Weise Hilfebedürftigen Beratung zukommen lässt, ist in einem ehemaligen Zweifamilienhaus Ecke Südstraße/Bonner Straße untergebracht, was die Stadt käuflich erworben hatte. Die Räumlichkeiten sind in keinem besonders guten Zustand. Ausgelöst durch den Sanierungsbedarf des Gebäudes, aber auch dem Bedürfnis des FB 5 ist jetzt ein Raumbedarf entstanden, sodass die Erziehungsberatungsstelle an diesem Ort nicht weiter agieren kann.

Es wird derzeit versucht, die Erziehungsberatungsstelle an einem anderen Standort unterzubringen. Seitens des FB 5, mit Unterstützung des Dez. IV, wurden mit verschiedenen Anbietern von Räumlichkeiten Gespräche geführt, aber nicht mit dem gewünschten Ergebnis. Aus der Vorlage geht auch hervor, dass zur Eruiierung der Gesamtsituation es als sinnvoll erachtet wird, eine gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses und GuB-Ausschusses stattfinden zu lassen. Herr Gleß unterstützte dieses Anliegen. Wenn heute in der Sitzung für eine gemeinsame Sitzung votiert wird, dann soll man das, bezogen speziell auf diesen einen Punkt, auch tun.

Wenn es darum gehen wird, Flächen anzumieten oder anzukaufen wird Dezernat IV die entsprechenden Verhandlungen unter Beteiligung des Fachbereiches 5 führen. Dabei werden sensible Informationen ausgetauscht, mit denen auch entsprechend umgegangen werden muss, d.h. diese Informationen sind nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, denn das kann dazu führen, dass Verhandlungen ins Leere führen. Eine Alternative zu einer gemeinsamen Sitzung wäre ein interfraktioneller Arbeitskreis jenseits der Öffentlichkeit, um die unterschiedlichsten Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren. Das würde der Verwaltung auch die Möglichkeit geben transparenter zu argumentieren. Er hat den Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses hinsichtlich der interfraktionären Arbeitsgruppe angesprochen und dieser zeigte sich nicht abgeneigt. Es bleibt nun abzuwarten, wie die heutige Entscheidung ausfällt. Herr Gleß betonte ausdrücklich, dass er sich keiner dieser beiden Varianten verschließt. Es wird etwas für die Erziehungsberatungsstelle getan und das geht nur in Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung, nur interfraktionell und nur über einen breit gestreuten Konsens.

Aktuelle Anmerkung:

Der Protokollauszug aus der 10.Sitzung des Jugendhilfeausschusses ist als **Anlage-2**-beigefügt.

Ende des öffentlichen Teils 18:33 Uhr